



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

Marina Delgrande, Prof. Wolf Linder

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Volksabstimmung Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»	26.0%	74.0%
Volksabstimmung Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»	362 819 22.6%	1 241 994 77.4%
Bundesbeschluss über die Aufhebung des Pulverregals	1 267 420 82.1%	275 780 17.9%
Stimmberechtigte	4 608 902	
Stimmbeteiligung	33.5%	



Forschungsinstitut der Schweizerischen Gesellschaft
für praktische Sozialforschung
Büro Bern, Hirschengraben 5, 3011 Bern
Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19

**Universität
Bern**

Institut für Politikwissenschaft
Unitobler, Lerchenweg 36, 3000 Berne 9
Telefon 031 631 83 31, Telefax 031 631 85 90

Impressum

Die VOX-Analysen der eidgenössischen Urnengänge kommentieren seit 1977 die Volksabstimmungen und Wahlen auf eidgenössischer Ebene aufgrund wissenschaftlich durchgeführter, repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut (Bern/Zürich) verantwortlich. Die Federführung für den Inhalt der vorliegenden Analyse liegt bei der Abteilung Innenpolitik/Vergleichspolitik des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bern.

GfS-Forschungsinstitut

Projektleitung: Claude Longchamp
Sekretariat: Daniel Schrag

EDV/Datenbank:
Feldchef:
Support CATI:

Peter Kraut
Georges Ulrich
Gabor Csillo

Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern

Verantwortlich: Prof. Wolf Linder

Autorin:

Marina Delgrande

Satz und Druck

Satzart AG, Bern
Druckerei Heinz Arm, Bern

Übersetzung

Charlotte Egger, Bern

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 75.– (Ausland Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern kosten Fr. 25.– (Ausland Fr. 30.–). Die vollständige Serie der VOX-Analysen (1977 bis 1995) kann zum Preis von Fr. 600.– beim Sekretariat des GfS-Forschungsinstituts bezogen werden (Adresse: Postfach 6323, 3001 Bern; Tel.: 031 311 08 06, Fax: 031 311 08 19).

Zitierweise und Copyright

Vorliegende Nummer: Delgrande, Marina / Linder, Wolf: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 9. Juni 1997, VOX Nr. 61, GfS und IPW, Bern, 1997. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hgg. Vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich 1977 ff.

21. Jahrgang, © by GfS und IPW
Auflage: 1350 Exemplare

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Die Bedeutung der Vorlagen	5
3. Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»	6
3.1 Die Ausgangslage	6
3.2 Die Kenntnis des Inhalts	7
3.3 Das Abstimmungsprofil	7
3.4 Die spontanen Beweggründe der Stimmabgabe	11
3.5 Der Anklang der Pro- und Contra-Argumente	14
3.6 Bilanz	15
4. Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»	16
4.1 Die Ausgangslage	16
4.2 Die Kenntnis des Inhalts	17
4.3 Das Abstimmungsprofil	17
4.4 Die spontanen Beweggründe der Stimmabgabe	20
4.5 Der Anklang der Pro- und Contra-Argumente	23
5. Bundesbeschluss über die Aufhebung des Pulverregals	25
5.1 Die Ausgangslage	25
5.2 Die Kenntnis des Inhalts	25
5.3 Das Abstimmungsprofil	25
5.4 Die spontanen Beweggründe der Stimmabgabe	27
6. Die Stimmbeteiligung	29
6.1 Das Profil der Stimmbeteiligung	29
6.2 Stimmbeteiligung und Medien	32
6.3 Die Meinung der Nicht-Stimmenden	33
7. Methodischer Steckbrief	35
Hauptergebnisse der Abstimmung vom 8. Juni 1997	36

Tabella 1.1: Abstimmungsergebnisse nach Kantonen, in Prozent der Stimmenden

Kantone	Beteiligung in %	EU-Beitritts Verhandlungen % Ja	Kriegs- material % Ja	Pulver- regal % Ja
CH	33.5	26.0	22.6	82.1
ZH	39.0	24.8	23.1	86.2
BE	32.9	26.0	22.5	85.0
LU	39.3	26.5	18.5	81.9
UR	34.8	30.2	10.8	72.4
SZ	35.2	29.5	15.0	73.2
OW	31.8	25.7	12.9	80.4
NW	47.5	28.6	10.1	83.6
GL	29.0	26.0	14.9	84.9
ZG	39.1	22.7	20.6	84.1
FR	29.9	20.9	21.6	80.9
SO	50.9	28.3	18.8	78.9
BS	42.9	27.0	34.3	86.1
BL	35.8	26.4	26.3	85.2
SH	60.3	27.8	18.8	82.7
AR	42.0	25.5	17.5	84.1
AI	31.3	22.6	14.2	84.3
SG	37.6	28.6	18.3	84.7
GR	24.5	25.9	25.4	80.5
AG	31.6	26.2	15.5	83.0
TG	38.2	30.0	14.5	82.5
TI	23.9	38.7	32.8	80.8
VD	24.0	20.3	28.0	80.5
VS	52.8	27.5	21.5	61.0
NE	24.0	23.6	27.2	72.2
GE	37.0	20.9	39.1	86.5
JU	24.9	21.3	26.0	78.8

Quelle: Bundeskanzlei, Informationsdienst

1. Einleitung

Die drei Abstimmungsvorlagen vom 8. Juni 1997 stiessen bei den Stimmenden auf einen grossen Konsens und auf grosse Unterstützung sowohl im Bundesrat wie beim Parlament, deren Empfehlungen befolgt wurden (*Tabelle 1.1*)¹. Seit der Ablehnung des EWR am 6. Dezember 1992 konnten sich Volk und Stände nicht mehr zur Europafrage äussern. Trotzdem hat die Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» in der Abstimmungskampagne keine Grundsatzdebatte über die Europäische Union ausgelöst, wie sich dies die Initianten gewünscht hatten, da die Gegner sich in den Diskussionen im Wesentlichen auf die institutionellen Fragen beschränkten. Die vielen Kommentare nach der Abstimmung gaben sich demnach ziemlich zurückhaltend, was die Bedeutung der massiven Verwerfung für die schweizerische Integrationspolitik angeht. Die Untersuchung der Gründe, welche eine grosse Mehrheit des Stimmvolkes zur Ablehnung der Initiative bewogen, bringt etwas Licht in diese Frage. Die zweite Abstimmungsvorlage vom 8. Juni war die SP-Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr». Diese war zwar sehr umstritten, die Kampagne war aber nicht besonders lebhaft. Auch diese Vorlage wurde verworfen. Und schliesslich wurde die Aufhebung des Pulverregals, eine Vorlage, der wenig Bedeutung beigemessen wurde und die auch fast unbemerkt über die Bühne ging, mit grossem Mehr angenommen.

2. Die Bedeutung der Vorlagen

Am 8. Juni 1997 kamen zwei wichtige und eine weniger wichtige Vorlage zur Abstimmung. Dies wurde bereits während der Kampagne vor dem Urnengang deutlich, sowohl in der Presse wie bei den Akteuren in der Politik und auf Regierungsebene. Diese Unterteilung in «wichtige» und «weniger wichtige» Vorlagen kam auch in den subjektiven Meinungen der Befragten zum Ausdruck, die im Durchschnitt den beiden Initiativen eine kollektiv wie persönlich höhere Bedeutung als dem Pulverregal beimassen, dessen Bedeutung in ihren Augen klar unterdurchschnittlich war (*Tabelle 2.1*). Wir können im übrigen feststellen, dass die gesellschaftliche Bedeutung durchs Band weg für höher gehalten wurde als die persönliche, wie dies übrigens meistens der Fall ist. Auch die Analyse der ungültigen oder leer abgegebenen Stimmzettel zeigte diese Unterteilung in wichtigere und weniger wichtige Abstimmungsvorlagen². Die VOX-Umfrage ergab in diesem Punkt eine gewisse Klärung, hatten doch 9 Prozent der befragten Personen im Fall des Pulverregals einen leeren Abstimmungszettel in die Urne geworfen, während die leeren Zettel bei den Initiativen «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» und «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» nur 2 resp. 1 Prozent ausmachten.

¹ Dies sind die provisorischen amtlichen Ergebnisse (Stand 9.06.97) der Bundeskanzlei. Die Veröffentlichung der definitiven amtlichen Ergebnisse nach Erscheinen des vorliegenden Berichts könnten noch einige Abweichungen erfahren. Die auf der Titelseite angegebene Anzahl der Stimmberechtigten stammt vom Bundesamt für Statistik und ist ebenfalls provisorisch.

² Siehe Joye Dominique und Yannis Papadopoulos (1994). «Votations moteur: les logiques du vote blanc et de la participation» in Papadopoulos Yannis (dir.) *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales 1970–1987*. Lausanne: Réalités sociales, pp. 245–275. Für die Stimmbeteiligung bei verschiedenen Vorlagen am gleichen Abstimmungstag kann auch ein anderes Mass angewendet werden: im vorliegenden Fall brachten die beiden Vorlagen 35 Prozent des Stimmvolkes an die Urne, für das Pulverregal waren es nur 34 Prozent.

Tabelle 2.1: Wahrnehmung der Bedeutung der Vorlage durch die StimmbürgerInnen selber

Bedeutung für...	EU-Beitritts-Verhandlungen		Kriegs-material		Pulver-regal		Durchschnitt 1993-96 ^a	
	das Land %	sich selbst %	das Land %	sich selbst %	das Land %	sich selbst %	das Land %	sich selbst %
sehr gering (0,1) ^b	2	12	2	12	18	38	6	22
gering (2,3,4)	5	17	5	14	18	20	14	19
mittel (5)	14	22	15	20	22	15	17	15
gross (6,7,8)	34	24	32	26	12	6	31	21
sehr gross (9,10)	36	17	38	20	9	5	23	18

n Gesamtheit der Befragten = 995.
^a Von uns errechneter Durchschnitt vom 3. Juni 1993 bis zum 1. Dezember 1996.
^b Die Befragten mussten die Bedeutung der verschiedenen Vorlagen auf einer Skala von 0 bis 10 einordnen. 0 bedeutet «bedeutungslos» und 10 «von sehr grosser Bedeutung». Die in Klammern angegebenen Zahlen entsprechen der ursprünglichen Zehnerskala, die wir danach neu kodiert haben.
 Das Total liegt jeweils unter 100 Prozent, weil «weiss nicht» und «keine Antwort» in der Tabelle nicht vorkommen.
 Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

3. Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»

3.1 Die Ausgangslage

Die Volksinitiative der Lega dei Ticinesi und der Schweizer Demokraten mit dem Titel «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»³ war im Januar 1994 mit 101 337 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Wäre diese Initiative angenommen worden, hätte sie einerseits den Rückzug des am 21. Mai 1992 vom Bundesrat gestellten Gesuchs zur Aufnahme von Verhandlungen für einen Schweizer EU-Beitritt zur Folge gehabt, obwohl das Gesuch nach der Ablehnung des EWR am 6. Dezember 1992 eingefroren wurde. Andererseits hätte eine Annahme den Bundesrat dazu verpflichtet, schon das Prinzip der Aufnahme neuer Verhandlungen Volk und Ständen zur Abstimmung vorzulegen.

Diese Initiative wurde am 28. Juni 1992 lanciert, und zwar aus Protest gegen den Beschluss des Bundesrates, ein EU-Beitrittsgesuch einzureichen. Ihre Autoren, die übrigens danach auch gegen die Aufrechterhaltung des EU-Beitritts als Endziel der schweizerischen Aussenpolitik⁴ protestierten, wollten damit die Integrationspolitik der Regierung bremsen.

³ Zunächst hatte diese Initiative den Titel «EG-Verhandlungen vors Volk!». Da die Europäische Gemeinschaft (EG) 1993 zur Europäischen Union (EU) wurde, beschloss das Parlament, den Text diesem neuen Namen anzupassen.

⁴ Siehe Bericht des Bundesrates über die schweizerische Aussenpolitik für die 90er-Jahre sowie die Botschaft über das Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR. BBl 1993, I, S. 805 ff.

Die GegnerInnen der Initiative konzentrierten sich ihrerseits im Wesentlichen auf institutionelle Fragen und vermieden eine Grundsatzdebatte über Europa. Ihr Hauptargument war, dass es falsch wäre, die in der Verfassung für Fragen der Aussenpolitik festgelegten Kompetenzen, die sich ihrer Ansicht nach bewährt haben, neu zu verteilen. Weiter sagten sie, dass in Fragen des Beitritts zu Organisationen wie der Europäischen Union das Volk in jedem Fall das letzte Wort habe, und dass es deshalb überflüssig sei, den Souverän zweimal zum gleichen Thema zu befragen, vor allem, da es bei der ersten Abstimmung um Verhandlungen ginge, deren Inhalt noch nicht definiert sei. Und ein weiteres ihrer Argumente schliesslich unterstrich das Risiko, dass die Initiative zur totalen Erstarrung der Aussenpolitik führen würde.

Ausser den Mitgliedern des Initiativkomitees, also der Lega dei Ticinesi, den Schweizer Demokraten, der Schweizer Freiheitspartei, der Katholischen Volkspartei und der Eidgenössischen Demokratischen Union, hatten alle Parteien die Nein-Parole herausgegeben, einschliesslich der SVP, obwohl diese im allgemeinen einem Beitritt sehr feindlich gesinnt ist. Auch die AUNS hatte sich übrigens dem grossen gegnerischen Feld angeschlossen.

3.2 Die Kenntnis der Vorlage

Der Inhalt der Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» war nicht sehr gut bekannt. Als wir die Befragten nach Abgabe ihrer Stimme baten, mit wenigen Worten den Inhalt der Vorlage zu beschreiben, konnten sich in der Tat 17 Prozent nicht daran erinnern, und 8 Prozent gaben eine unrichtige Beschreibung. Als die Stimmenden befragt wurden, welche Aspekte der Initiative ihnen bekannt seien, gaben über die Hälfte der Befragten⁵ – mehr oder weniger genau – an, dass der Bundesrat verpflichtet würde, vor einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union die Zustimmung des Volkes einzuholen (53 Prozent der spontanen Äusserungen). Der zweite Punkt der Initiative, nämlich der Rückzug des Beitrittsgesuchs, war den Befragten dagegen weniger bekannt (4 Prozent). Ausser den Äusserungen, die in Erinnerung riefen, dass die Lega und die Schweizer Demokraten hinter dieser Vorlage standen (5 Prozent), waren weitere Kenntnisse schwerer auszumachen. So erwähnen einige ohne weitere Einzelheiten den Beitritt zur EU oder dass das Volk darüber bestimmen müsse (28 Prozent). Und schliesslich kann festgehalten werden, dass nur 37 Prozent derjenigen, die nicht stimmen gingen wussten, worum es bei dieser Initiative ging.

3.3 Das Abstimmungsprofil

Die Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» – der übrigens weder Bundesrat noch Parlament einen Gegenvorschlag entgegenstellen wollten – war vom Nationalrat klar abgelehnt worden (mit 174 zu 10 Stimmen), ebenso danach vom Ständerat (37 Stimmen ohne Gegenstimme). Und am 8. Juni 1997 wurde ihr bei der Volksabstimmung das gleiche Los zuteil, wurde sie doch von 74,0 Prozent der Stimmenden sowie von allen Kantonen abgelehnt.

⁵ Es gab 439 Aussagen von Stimmenden, 185 von Nicht-Stimmenden.

Tabelle 3.1: Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» – Verhalten nach politischen Charakteristiken

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Cramer's V ^a
Tatsächliches Total	26		
Total VOX	23	479	
<i>Parteibindung</i>			0.33***
Sozialdemokratische Partei der Schweiz	18	87	
Christlichdemokratische Volkspartei	7	(31)	
Freisinnig-Demokratische Partei	8	52	
Schweizerische Volkspartei	42	43	
Ohne Parteisympathien	26	156	
<i>Haltung gegenüber der Regierung</i>			0.23***
Vertrauen	15	246	
weiss nicht/weder noch	18	51	
Misstrauen	36	169	
<i>Links-Rechts-Einordnung</i>			0.15*
Links	14	77	
Mitte	21	266	
Rechts	29	87	
Keine Einordnung	37	41	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
Die in Klammern angegebenen Zahlen geben eine Tendenz wieder, da weniger als 40 Fälle keine quantitativen Schlüsse zulassen.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

Die Untersuchung der Merkmale, die dieses Stimmverhalten erklären können, zeigt im übrigen deutlich, dass die negativen Stimmen in allen beobachteten Volksgruppen vorherrschend waren. Trotzdem sind einige wesentliche Abweichungen in der Intensität der Ablehnung festzustellen. Zunächst ist vom Standpunkt der politischen Einstellung aus (Tabelle 3.1) auszumachen, dass die Ablehnung bei den der SVP nahestehende Personen – obwohl sie mehrheitlich die Abstimmungsempfehlung ihrer Partei befolgt haben – eindeutig weniger stark war als bei den anderen Regierungsparteien⁶. Betrachten wir die Selbsteinordnung der Befragten auf der ideologischen Links-Rechts-Achse, so können wir feststellen, dass die Ablehnung sich mit zunehmender Nähe zum linken Lager verstärkt. Auch die Glaubwürdigkeit, die der Regierung zugestanden wird, ist bemerkenswert, legten doch diejenigen, die ihrem Misstrauen gegenüber der Regierung klar Ausdruck gegeben hatten, zweimal mehr Ja in die Urne als diejenigen mit Vertrauen in die Regierung. Allgemein ist schliesslich festzustellen, dass unter den

⁶ Wir können hier nicht vom Stimmverhalten der Sympathisanten der Parteien sprechen, die im Unterstützungskomitee der Initiative vertreten waren, weil es unter den 995 Stichproben für diese Kategorie sogar zusammengezählt nur 8 entsprechende Fälle gab. Und von diesen 8 hatten sich nur 6 an der Abstimmung beteiligt.

Tabelle 3.2: Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» –
Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Gamma/Phi ^a
Tatsächliches Total	26		
Total VOX	23	479	
<i>Ausbildungsniveau</i>			0.20**
Obligatorische Schulzeit	39	62	
Berufslehre	25	216	
Maturität/Seminar	19	32	
Höhere Berufsausbildung	20	66	
Höhere technische Lehranstalt	14	(37)	
Universität	10	63	
<i>Monatliches Haushaltseinkommen</i>			0.14*
Unter 3000 Franken	21	66	
3000 bis 5000 Franken	31	140	
5000 bis 7000 Franken	23	113	
7000 bis 9000 Franken	14	64	
Über 9000 Franken	9	47	
<i>Alter</i>			n.s.
18–29 Jahre	20	50	
30–39 Jahre	21	95	
40–49 Jahre	17	69	
50–59 Jahre	24	83	
60–69 Jahre	29	84	
70 Jahre und darüber	24	98	
<i>Geschlecht</i>			n.s.
Männer	22	268	
Frauen	23	211	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
Die Zahlen in Klammern geben eine Tendenz an, da weniger als 40 Fälle keine quantitativen Schlüsse zulassen.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

wenig «Politisierten», also denjenigen, die sich zu keiner Partei hingezogen fühlen oder die sich auf der Links-Rechts-Achse nirgends einordnen konnten, die Zustimmung überdurchschnittlich hoch war.

Die systematische Ablehnung der Initiative tritt auch bei der Prüfung der sozialen Merkmale zutage (Tabelle 3.2). So zeigten sich im Stimmverhalten keine radikalen Unterschiede, weder bei Männern, Frauen oder Älteren, noch nach beruflicher Stellen, Konfession oder Zivilstand. Ausserdem war die Ablehnung in den grossen Städten ebenso eindeutig wie auf dem

Tabelle 3.3: Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» –
Stimmverhalten nach Wertvorstellungen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Cramer's V ^a
Tatsächliches Total	26		
Total VOX	23	479	
<i>Weltoffenheit</i>			0.18***
Für eine weltoffene Schweiz	17	241	
Gemischte Wertvorstellungen	26	148	
Für eine ihre Traditionen wahrende Schweiz	37	85	
<i>Chancengleichheit für Ausländer</i>			0.17**
Für gleiche Chancen	18	169	
Gemischte Wertvorstellungen	14	126	
Für ungleiche Chancen	31	161	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

Land, in der Deutschschweiz ebenso klar wie in der französischen Schweiz⁷, ungeachtet auch der Wohndauer in der zur Zeit bewohnten Gemeinde. Dagegen kommt der Ausbildung und dem monatlichen Einkommen der Haushalte eine bestimmte erklärende Bedeutung zu, die allerdings relativ bescheiden ist. So nahm die Ablehnungsrate mit zunehmend höherem Ausbildungsstand zu, Personen mit Universitätsabschluss stimmten viermal weniger zahlreich für die Vorlage als Personen, die sich nach dem obligatorischen Schulabschluss nicht weiterbildeten. Etwas weniger klar nimmt die Opposition auch mit steigendem Einkommen zu.

Was die Werte angeht, die für die Stimmenden wichtig sind, so haben auch die Offenheit der Befragten gegenüber der Welt sowie ihre Haltung gegenüber den Ausländerinnen und Ausländern die Abstimmung ein wenig beeinflusst (Tabelle 3.3). Obwohl die Initiative sowohl von denjenigen, die eine grössere Weltoffenheit der Schweiz wünschen, wie auch von denjenigen, die am Herkömmlichen festhalten möchten, verworfen wurde, so standen ihr doch Letztere wohlgesinnter gegenüber.⁸ Auch Personen, die dagegen sind, dass ausländische Staatsangehörige Chancengleichheit mit den SchweizerInnen haben, stimmten überdurchschnittlich oft Ja.

⁷ Vergessen wir nicht, dass die Initiative in der französischen Schweiz, mit einem Rekordergebnis an Nein-Stimmen im Kanton Waadt (79,9 Prozent) etwas stärker abgelehnt wurde als in der deutschen Schweiz. Am schwächsten abgelehnt wurde die Initiative aber im Tessin mit 61,3 Prozent Nein.

⁸ Es wurde noch eine andere Frage gestellt, die unserer Ansicht nach den Graben Weltoffenheit/Verschlossenheit noch besser ausmisst: «Wünschen Sie eine Schweiz, die sich gegenüber dem Ausland stärker öffnet oder möchten Sie, dass sie sich stärker abschottet?» Da es in der Kategorie «für eine Schweiz, die sich stärker abschottet» nur 33 Fälle hatte, können wir das Verhalten dieser Kategorie nicht interpretieren. Wir können immerhin feststellen, dass die für diese Variante beobachtete Tendenz den Resultaten der anderen Variablen entspricht.

Tabelle 3.4: Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» – Beweggründe für ein Ja in Prozent (mehrere Antworten pro befragte Person möglich)

Spontan geäußerte Beweggründe	Teilnehmende
<i>Beweggründe gegen die EU</i>	16
Gegen einen EU-Beitritt	11
Die EU gefährdet Schweizer Arbeitsplätze und Unternehmen	3
Die Schweiz muss neutral/unabhängig bleiben	
<i>Das Volk muss über die Aufnahme von Verhandlungen entscheiden können</i>	16
<i>Beweggründe in Bezug auf den Bundesrat</i>	14
Dem Bundesrat Einhalt gebieten/ihn daran hindern, zu tun, was er will	11
Misstrauen gegenüber dem Bundesrat	3
Die EU ist ein Bereich, der vor allem das Volk angeht	3
<i>Allgemeine Beweggründe</i>	12
<i>Verschiedene Beweggründe</i>	7
<i>Dem Stimmverhalten widersprechende Beweggründe</i>	30
Total ^a	100% (n = 152)

^a «Weiss nicht» und «keine Antwort» sind in der Berechnung des Prozentsatzes nicht einbezogen. Das von 100% abweichende Resultat kommt von den Auf-/Abrundungen.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

3.4 Die spontanen Beweggründe der Stimmabgabe

Bei den VOX-Meinungsumfragen hat es sich eingebürgert, die InterviewpartnerInnen nach den Beweggründen zu fragen, die sie zur Annahme oder Ablehnung der verschiedenen zur Abstimmung gelangten Vorlagen bewogen. Bei diesen Fragen können sie sich frei über ihre eigenen Motive äussern.

Tabelle 3.4 fasst die von den BefürworterInnen der Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» spontan geäußerten Begründungen zusammen. Einer ersten Gruppe von diesen, die den Wortlaut der Initiative übernahmen, war es wichtig, dass die Aufnahme von Verhandlungen dem Volk an der Urne vorgelegt werde. Einige sahen ausserdem in dieser Abstimmung eine Möglichkeit, ihren Missmut über einen möglichen Beitritt zu äussern. Andere drückten mit ihrem Ja ihr Misstrauen gegenüber dem Bundesrat oder seiner Integrationspolitik aus. Und schliesslich gab es zu den verschiedenen Gründen oder allgemeinen Angaben wie «Für mich gab es nur ein Ja» zahlreiche Gründe, die dem Stimmverhalten widersprachen. Wir können allerdings hier nicht feststellen, ob die Verwirrung schon bei der Abstimmung bestand oder erst später, bei der Befragung auftauchte.

Tabelle 3.5: Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» – Beweggründe für ein Nein in Prozent (mehrere Antworten pro befragte Person möglich)

Spontan geäußerte Beweggründe	Teilnehmende	
<i>Beweggründe institutioneller Art</i>	41	
Das Volk hat in jedem Fall das letzte Wort		6
Das Volk muss nicht alles entscheiden		4
Abstimmen in Kenntnis des Inhalts		4
Es gibt bereits zu viele Abstimmungen		4
Eine Abstimmung ist teuer		4
Nicht zweimal über das gleiche Thema abstimmen		2
Der Bundesrat muss seine Kompetenzen behalten		15
<i>Beweggründe für eine Integrationspolitik</i>	22	
Einem EU-Beitritt günstig gesinnt		13
Eine Blockierung der Integrationspolitik verhindern		9
<i>Vertrauen gegenüber dem Bundesrat</i>	5	
<i>Antipathie gegenüber den Schweizer Demokraten und der Lega</i>	3	
<i>Empfehlung einer Partei</i>	1	
<i>Allgemeine Beweggründe</i>	16	
Die Initiative ist unnötig oder unsinnig		11
Die Initiative ist zu extrem		2
<i>Verschiedene Beweggründe</i>	4	
<i>Dem Stimmverhalten widersprechende Beweggründe</i>	7	
Total ^a	100% (n = 358)	

^a «Weiss nicht» und «keine Antwort» sind in der Berechnung des Prozentsatzes nicht einbezogen. Das von 100% abweichende Resultat kommt von den Auf-/Abrundungen.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

«Der Bundesrat hat nicht versucht, aus dieser Abstimmungskampagne eine Kampagne für oder gegen eine Annäherung an die Europäische Union zu machen»⁹. Dies bestätigen auch die Beweggründe, welche die GegnerInnen der Initiative angaben (Tabelle 3.5). Diese brachten denn auch vorwiegend institutionelle Gründe vor, wobei im übrigen meist die in den Erläuterungen des Bundesrates enthaltenen Argumente übernommen wurden. Einige fanden, dass es ausreiche, wenn die Bevölkerung am Schluss des Prozesses ihr Votum abgebe, oder wollen lieber abwarten, bis der Inhalt der Verhandlungen bekannt ist, bevor sie sich äussern. Andere fanden eine doppelte Abstimmung über das gleiche Thema überflüssig und sprachen die durch die Abstimmung verursachten Kosten an oder möchten eine Abstimmungsinfation verhin-

⁹ Rede von Bundesrat Flavio Cotti, abgedruckt im Journal de Genève vom 9. Juni 1997, S. 2.

Tabelle 3.6: Auswertung der Kontra-Argumente gegen die Initiative
«EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»

Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht ein- verstanden	Weiss nicht	Keine Antwort
Es hat wirklich keinen Sinn, für oder gegen Verhandlungen zu stimmen, deren Inhalt und deren Folgen für das Land nicht bekannt sind.	Stimmende	79	15	4	2
	Ja-Stimmen	65	23	6	6
	Nein-Stimmen	83	13	3	1
Die Initiative ist unnötig, denn beim Beitritt zu Organisationen wie der Europäischen Union hat das Volk ohnehin das letzte Wort	Stimmende	70	22	6	2
	Ja-Stimmen	49	42	6	3
	Nein-Stimmen	77	17	5	1
Die Annahme der Initiative hätte eine beträchtliche Verlangsamung, wenn nicht gar die Blockierung der europäischen Integrationspolitik des Bundesrates zur Folge	Stimmende	67	19	12	2
	Ja-Stimmen	55	28	16	1
	Nein-Stimmen	71	17	10	2
Die Aufnahme von Verhandlungen mit anderen Ländern gehört wie überall in der Welt in die Kompetenz der Regierung.	Stimmende	84	12	3	1
	Ja-Stimmen	76	21	3	0
	Nein-Stimmen	86	10	3	1
Resultate in Prozent pro Linie. n Total der Stimmenden = 479. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997					

dern, da es ihrer Meinung nach bereits jetzt zu viele Urnengänge gibt. Weiter stand der Bundesrat im Zentrum vieler Gedankengänge, war es verschiedenen Gegnern und Gegnerinnen doch wichtig, ihm die Kompetenz zur Aufnahme von Verhandlungen zu bestätigen. Es gab übrigens ganz allgemein eine kleine Gruppe, die ihre Ablehnung mit ihrem Vertrauen in die Regierung begründete. In einem grossen Teil der Beweggründe kamen allgemeine Ideen zum Ausdruck, so zum Beispiel, die Initiative sei übertrieben und unnötig, während auch hier oft Beweggründe zu finden sind, die dem Stimmverhalten widersprechen, allerdings weniger als bei den BefürworterInnen. Letzten Endes sind die Beweggründe, die ausdrücklich mit der schweizerischen Integrationspolitik zusammenhängen, in der Minderzahl: bei 9 Prozent der Gründe für ein Nein ging es darum, eine Blockierung dieser Politik zu verhindern, und 13 Prozent wollen der EU beitreten.

Tabelle 3.7: Auswertung der Pro-Argumente für die Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht ein- verstanden	Weiss nicht	Keine Antwort
Der Bundesrat muss von Anfang an gestoppt werden können, weil er und seine Diplomaten anderen Ländern gegenüber viel zu konziliant sind	Stimmende	29	60	8	3
	Ja-Stimmen	55	30	12	3
	Nein-Stimmen	21	69	7	3
Bei Fragen, die für die Zukunft des Landes sehr wichtig sind, sollte das Volk in allen Etappen des Entscheidungsprozesses mitreden können und nicht nur am Ende.	Stimmende	42	51	5	2
	Ja-Stimmen	68	27	4	1
	Nein-Stimmen	35	58	5	2
Mit seiner Weiterverfolgung des Wegs in Richtung EU-Beitritt trotz der Ablehnung des EWR hat der Bundesrat beweisen, dass er den Willen des Volkes missachtet.	Stimmende	35	52	10	2
	Ja-Stimmen	53	34	11	2
	Nein-Stimmen	30	58	10	2
Hätte der Bundesrat kein EU-Beitrittsgesuch gestellt oder dieses zurückgezogen, wäre die Initiative nicht nötig gewesen.	Stimmende	52	25	19	3
	Ja-Stimmen	52	24	21	3
	Nein-Stimmen	52	25	19	4
Resultate in Prozent pro Linie. n Total der Stimmenden = 479. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997					

3.5 Der Anklang der Pro- und Kontra-Argumente

Wie üblich baten wir die Befragten, ihre Haltung zu einigen der Pro- und Kontra-Argumente zu äussern, die in der Abstimmungskampagne zu hören waren. So konnten sie sagen, ob sie «einverstanden» oder «nicht einverstanden» waren mit Argumenten, die ihnen vorgelesen wurden, sie konnten aber auch mit «weiss nicht» antworten oder sich der Antwort enthalten. Dies soll helfen festzustellen, welche Argumente in der Kampagne bestimmend, welche unwichtig waren.

Die Tabellen 3.6 und 3.7 zeigen, dass BefürworterInnen und GegnerInnen der Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» die von ihren jeweiligen Lagern vorgebrachten Argumente übernahmen.

Tabelle 3.6 macht im weiteren deutlich, dass die Kontra-Argumente, die bei dieser Umfrage vorgebracht wurden, auf die Meinungsbildung nur einen kleinen Einfluss hatten. So übernahmen die BefürworterInnen der Initiative diese Argumente zwar weniger stark als die GegnerInnen, doch stimmten die Meinungen der beiden Lager in der institutionellen Frage überein. Alle waren sich in der Tat einig, dass es unsinnig sei, über Verhandlungen abzustimmen, deren Inhalt noch nicht definiert ist, dass über den Beitritt zu Organisationen wie der EU das Volk in jedem Fall das letzte Wort hat, und dass die Aufnahme von Verhandlungen ganz allgemein in der Kompetenz der Regierung liegt. Alle waren sich auch einig über die Folgen bei einer Annahme der Initiative, die nach Ansicht beider Seiten eine Verlangsamung wenn nicht gar eine Blockierung der Integrationspolitik des Bundesrates nach sich gezogen hätte (*Tabelle 3.6*).

Das letzte, hier oben dargelegte Resultat, das zu einem guten Teil durch die Tatsache erklärbar ist, dass dieses Argument zugleich als Pro- wie als Kontra-Argument gelten konnte, zeigt die Absichten der BefürworterInnen der Vorlage deutlich auf. Diese waren übrigens die einzigen, die es als nötig erachteten, die Regierung daran zu hindern, irgend etwas zu unternehmen (*Tabelle 3.7*). Dieses Pro-Argument, das auf einer Verhinderungsidee basiert, ist übrigens dasjenige, dessen Rolle am bestimmendsten war für Annahme oder Ablehnung der Initiative (Cramer's $V = 35^{***}$). Nur die BefürworterInnen waren im übrigen der Ansicht, dass der Bundesrat mit der Weiterverfolgung des Wegs in Richtung EU-Beitritt nach der Ablehnung des EWR den Volkswillen missachtete. Und sie waren schliesslich die einzigen, die eine Mitsprache des Volkes sowohl zu Beginn wie zum Abschluss des Entscheidungsprozesses anstrebten. Dagegen trafen sich die beiden Lager wieder in der Ansicht, dass die Initiative nicht nötig gewesen wäre, wenn die Regierung nicht ein EU-Beitrittsgesuch gestellt oder dieses zurückgezogen hätte.

Während also nach Ansicht der GegnerInnen der Initiative das «letzte Wort» ausreicht, lag dem befürwortenden Lager daran, die Interventionsmöglichkeiten des Volkes vor den Verhandlungen auszuweiten, obwohl sie den Argumenten institutioneller Art, die vom gegnerischen Lager vorgebracht wurden, ein gewisses Verständnis entgegenbrachten.

3.6 Bilanz

Welche Bedeutung hat die massive Ablehnung der Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» für die Integrationspolitik der Schweiz?

- Das Abstimmungsprofil zeigt, dass sich die bei der Abstimmung über den EWR beobachteten Konflikte¹⁰ bei dieser Initiative nicht oder nur wenig zeigten.
- Die Untersuchung der von den Stimmenden vorgebrachten Gründe für ihre Entscheidung zeigt, dass die Frage des EU-Beitritts bei der massiven Ablehnung der Initiative eine untergeordnete Rolle spielte. Die Meinungen bildeten sich vielmehr aufgrund institutioneller Gründe.

So kann angesichts dieser Ergebnisse das wichtige Nein nicht als Zeichen gedeutet werden, dass der Beitritt der Schweiz zur EU beim Volk auf Zustimmung stösst.

¹⁰ Siehe Kriesi, Hanspeter et al., VOX-Analyse der Abstimmung vom 6. Dezember 1992, Bern: GfS, Genf: DSP.

4. Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»

4.1 Die Ausgangslage

Die Volksinitiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» ist im September 1992 von der SPS mit 108 762 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Volk und Stände hatten schon über zwei Initiativen dieser Art abgestimmt, denen sie beide Male das gleiche Schicksal bescherten¹¹. Im Fall einer Annahme der Initiative wäre die Ausfuhr von Material, das ausschliesslich für kriegerische Zwecke vorgesehen ist, vollständig verboten worden. Dieses Verbot hätte auch für Material Gültigkeit gehabt, das für zivile und militärische Zwecke verwendet werden kann, es sei denn, dessen Exporteur könnte den Beweis erbringen, dass es im Empfängerland zu rein friedlichen Zwecken eingesetzt würde. Überdies wäre schon die Herstellung aller Produkte, die für militärische Zwecke verwendet werden können, einer Bewilligungspflicht unterstanden. Und schliesslich wäre der Bund durch die Verfassung verpflichtet worden, die internationalen Bemühungen zur Begrenzung des Waffenhandels und zur Rüstungskontrolle zugunsten der sozialen Entwicklung zu unterstützen.

Die pazifistisch motivierten Autoren der Initiative beklagten, dass sogar eine strenge Anwendung des geltenden Kriegsmaterialausfuhrgesetzes den Einsatz von Schweizer Waffen in Gewaltkonflikten nicht verhindere. Weiter machten sie geltend, dass die Friedensförderungs politik des Bundesrates nur glaubwürdig sein könne, wenn die Schweiz die Ausfuhr von Waffen einstelle. Und in wirtschaftlicher Hinsicht schliesslich fanden die Initianten, die schweizerische Exportwirtschaft hänge nicht von der Waffenausfuhr ab, und die 2000 Stellen in der Rüstungsindustrie, die wegen der Initiative gefährdet seien, könnten zu Stellen in anderen Produktionszweigen umgewandelt werden.

Schon zwei Monate vor der Abstimmung beschwor vor allem die Gegnerschaft der Initiative die schwerwiegenden Auswirkungen, welche die Initiative ihrer Ansicht nach nicht nur auf die Rüstungsindustrie, sondern auch auf viele andere Zweige der Exportindustrie haben würde, die von der Herstellung von militärisch und zivil verwendbaren Gütern (dual-use-Gütern) abhingen. Sie schätzten, dass damit über 100 000 Arbeitsstellen gefährdet seien¹². Ein weiteres ihrer zahlreichen Argumente war, dass das neu revidierte Kriegsmaterialgesetz – das übrigens als indirekter Gegenvorschlag¹³ zur Initiative ausgearbeitet worden war und voraussichtlich 1998 in Kraft treten wird, streng genug sei. Sodann wurde die grössere Abhängigkeit der Landesverteidigung vom Ausland genannt. Und schliesslich glaubten die GegnerInnen nicht an die positiven Auswirkungen eines Ausfuhrverbots von Schweizer Kriegsmaterial auf den Weltfrieden.

¹¹ Am 20. Februar 1938 wurde die Volksinitiative gegen eine private Rüstungsindustrie von 86,4 Prozent der Stimmenden und von allen Kantonen abgelehnt. Der Gegenvorschlag stiess dagegen bei 81,3 Prozent der Stimmenden und bei allen Kantonen auf Zustimmung. Am 24. September 1972 wurde die Volksinitiative für eine verstärkte Kontrolle der Rüstungsindustrie und für ein Waffenausfuhrverbot von 50,3 Prozent der Stimmenden, von 13 Kantonen und 4 Halbkantonen verworfen.

¹² Im gegnerischen Lager war zunächst von einem Arbeitsplatzverlust von 5700 in 32 mit dem Rüstungssektor verbundenen Betrieben die Rede und nicht, wie vom Initiativkomitee errechnet, von höchstens 2000. Danach kamen im Zusammenhang mit den dual-use-Gütern noch zahlreiche Arbeitsplätze dazu, worauf man von 10 000 gefährdeten Arbeitsplätzen ausging.

¹³ Dieser Gegenvorschlag besteht aus zwei Gesetzestexten, nämlich dem revidierten Kriegsmaterialgesetz und dem Gesetz über die Kontrolle von Gütern, die zivil und militärisch verwendet werden können.

Wie bereits Bundesrat und Parlament empfahlen die meisten Parteien die Initiative, die nur von der SPS und den Grünen unterstützt wurde, zur Ablehnung, die Christlich-Soziale Partei der Schweiz¹⁴ hatte Stimmfreigabe beschlossen. Im gegnerischen Lager waren auch namentlich der Vorort und der Schweizerische Gewerbeverband zu finden. Auf Gewerkschaftsseite zogen es SMUV und SGB vor, ihre Gefolgschaft selber entscheiden zu lassen.

4.2 Die Kenntnis des Inhalts

84 Prozent der Abstimmenden konnten einen oder mehrere Aspekte der Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» nennen, 4 Prozent machten unrichtige Aussagen¹⁵. Im Vergleich zur Initiative der Lega und der Schweizer Demokraten war also der Inhalt der zweiten Vorlage etwas besser bekannt. Allerdings müssen wir präzisieren, dass deren Text offenbar nicht sehr genau studiert worden war, beschränkten sich doch die meisten Aussagen mehr oder weniger genau auf die Wiedergabe des Titels (65 Prozent), einige der Befragten wussten auch, wer die Initianten waren (1 Prozent). Eine viel kleinere Anzahl der Befragten sprach von einer verstärkten Kontrolle der Kriegsmaterialproduktion (11 Prozent) oder der dual-use-Güter (13 Prozent). Einige Stimmende erwähnten das Beispiel der Pilatus-Flugzeuge (3 Prozent). Und schliesslich kannten einige die von den GegnerInnen vorgebrachten Folgen bei Annahme der Initiative wie Arbeitsplatzverluste und Gefährdung der Exportindustrie (4 Prozent). Diejenigen, die nicht an die Urne gegangen waren, waren viel weniger gut informiert. So konnten nur 58 Prozent von diesen den Inhalt dieser Vorlage beschreiben.

4.3 Das Abstimmungsprofil

Nachdem Bundesrat, grosse Kammer (111 Stimmen gegen 60) und kleine Kammer (32 Stimmen gegen 3) die Vorlage abgelehnt hatten, konnte sich das Volk am 8. Juni 1997 an der Urne über die Volksinitiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» aussprechen. Dabei wurde diese von 77,3 Prozent der Stimmenden und von allen Kantonen abgelehnt.

Was die politische Einstellung angeht, zeigt *Tabelle 4.1*, wie ideologische Ausrichtung¹⁶ und Parteisympathien der Befragten das Stimmverhalten beeinflussten. So haben Personen der politischen Linken (einschliesslich links aussen) die Initiative angenommen, während Personen, die sich in der Mitte oder im rechten Spektrum ansiedeln (einschliesslich rechts aussen) sie klar verwarfen. Schaut man die Parteisympathien der Befragten genauer an, stellt man fest, dass die den bürgerlichen Parteien Nahestehenden die Initiative klar ablehnten, während die SympathisantInnen der SPS gespalten waren¹⁷. Auch wurde die Vorlage von Mitgliedern oder SympathisantInnen der Gewerkschaften eindeutig stärker unterstützt als von Nicht-Mitglie-

¹⁴ Eine von der CVP unabhängige Partei.

¹⁵ Es gab 506 Aussagen von Stimmenden, 300 von Nicht-Stimmenden..

¹⁶ Nach der Selbsteinordnung unserer Befragten auf einer von 0–10 abgestuften Links-Rechts-Skala.

¹⁷ Da unsere Fehlermarge bei 3,1 Prozent lag, können wir nicht sagen, ob die (knappe) Mehrheit der SP-SympathisantInnen die Initiative abgelehnt oder angenommen hat.

Tabelle 4.1: Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen und Wertvorstellungen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Cramer's V ^a
Tatsächliches Total	23		
Total VOX	26	489	
<i>Identifizierung mit einer Partei</i>			0.34***
Sozialdemokratische Partei	48	88	
Christlichdemokratische Volkspartei	19	(31)	
Freisinnig-Demokratische Partei	8	52	
Schweizerische Volkspartei	11	45	
Ohne Parteisympathien	25	159	
<i>Einordnung auf der Links-Rechts-Achse</i>			0.31***
Links	54	80	
Mitte	20	272	
Rechts	14	88	
Keine Einordnung	40	40	
<i>Gewerkschaftsmitgliedschaft</i>			0.17**
Aktives/passives Mitglied	42	55	
Mitgliedschaft vorstellbar	36	69	
Mitgliedschaft nicht vorstellbar	22	359	
<i>Einstellung zur Regierung</i>			n.s.
Vertrauen	26	250	
Unentschieden	20	50	
Misstrauen	29	176	
<i>Armee</i>			0.36***
Für eine starke Armee	12	219	
Gemischte Wertvorstellungen	26	152	
Für eine Schweiz ohne Armee	53	108	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
 Die Zahlen in Klammern geben eine Tendenz an, da weniger als 40 Fälle keine quantitativen Schlüsse zulassen.
 Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

dern. Die Frage des Vertrauens in die Regierung schliesslich spielte bei dieser Vorlage überhaupt keine Rolle, da beide Lager die Initiative mit der gleichen Klarheit ablehnten.

Die Einstellung zur Armee schien, was die Werte angeht, die Abstimmung am stärksten beeinflusst zu haben (Tabelle 4.1). So verwarfen denn auch die Anhänger einer starken Armee die Initiative am eindeutigsten, während Personen, die gern eine Schweiz ohne Armee hätten, sie unterstützten. Im übrigen, das ist der Tabelle allerdings nicht zu entnehmen, nahmen 37 Prozent derjenigen sie an, für die der Umweltschutz wichtiger ist als eine prosperierende Wirt-

Tabelle 4.2: Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» – Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Cramer's V/ Phi/Gamma ^a
Tatsächliches Total	23		
Total VOX	26	489	
<i>Sprachregion</i>			0.15**
Deutsche Schweiz	23	377	
Französische Schweiz	37	99	
Tessin	46	(13)	
<i>Wohnort</i>			0.14**
Grosse Städte	33	144	
Kleine und mittlere Agglomerationen	28	206	
Ländliche Gemeinden	17	139	
<i>Konfession</i>			0.22***
Protestantisch	28	235	
Katholisch	18	193	
Andere Konfessionen	67	(6)	
Konfessionslos	47	51	
<i>Alter</i>			n.s.
18–29 Jahre	35	49	
30–39 Jahre	35	94	
40–49 Jahre	26	74	
50–59 Jahre	20	85	
60–69 Jahre	28	86	
70 Jahre und darüber	19	101	
<i>Geschlecht</i>			n.s.
Männer	24	272	
Frauen	30	217	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
Die Zahlen in Klammern geben eine Tendenz an, da weniger als 40 Fälle keine quantitativen Schlüsse zulassen.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

schaft, gegenüber 8 Prozent derjenigen, die eine gegensätzliche Meinung vertreten. Hier ist daran zu erinnern, dass die Grünen und der WWF ein Ja empfohlen hatten.

Tabelle 4.2 illustriert deutlich, dass die starke Opposition gegen die Initiative in allen sozialen Schichten und jedem geographischen Zusammenhang zu finden war. Wir möchten hier aber trotzdem auf einige bedeutsame Abweichungen in der Intensität der Ablehnung hinweisen. So stiess das Waffenausfuhrverbot in der französischen Schweiz und in den Städten auf eine besse-

Tabelle 4.3: Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» – Beweggründe für ein Nein in Prozent (mehrere Antworten pro befragte Person möglich)

Spontan geäußerte Beweggründe	Teilnehmende	
<i>Wirtschaftliche Gründe</i>	56	
Arbeitsplatzverlust		39
<i>Die Initiative bringt keinen Weltfrieden</i>	16	
Exportiert die Schweiz nicht mehr, tun es andere an ihrer Stelle		11
Der Schweizer Anteil an Waffenexporten ist sehr klein		4
<i>Die geltenden oder demnächst in Kraft tretenden Gesetze reichen aus</i>	7	
<i>Allgemeine Beweggründe</i>	7	
Die Initiative geht zu weit		4
Die Initiative ist unnötig		1
Die Initiative ist zu utopisch		1
<i>Verschiedene Beweggründe</i>	6	
<i>Dem Stimmverhalten widersprechende Beweggründe</i>	6	
Total ^a	100% (n = 423)	

^a «Weiss nicht» und «keine Antwort» sind in der Berechnung des Prozentsatzes nicht einbezogen.
Das von 100% abweichende Resultat kommt von den Auf-/Abrundungen.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

re Akzeptanz als in der Deutschschweiz und auf dem Land. Weiter zeigten sich Personen mit starker religiöser Ausrichtung der Initiative weniger gut gesinnt als Konfessionslose. Ob jemand seine Religion praktiziert, spielte dagegen keine grosse Rolle. Das gleiche gilt übrigens auch für die anderen Merkmale wie Alter, Geschlecht und Ausbildung der Stimmenden oder Einkommen der Haushalte, berufliche Stellung und Dauer der Wohnsitznahme, um nur einige zu nennen.

4.4 Die spontanen Beweggründe der Abstimmung

Welches waren die Gründe der Stimmenden für Annahme oder Ablehnung der Initiative? Die von den GegnerInnen spontan geäußerten Gründe zur Erklärung ihres Entscheids spiegeln im allgemeinen die Argumente der Erläuterungen des Bundesrates wieder und erhärten damit, was sich schon am Tag des Urnenganges herauskristallisierte. So waren es vor allem die Ängste vor Arbeitsplatzverlusten und die Schwierigkeiten, die für weite Bereiche der Exportindustrie vermutet wurden, welche die Stimmenden dazu bewogen, die Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» zu verwerfen (Tabelle 4.4). Auch wurde offenbar bezweifelt, dass die Annahme der Initiative den Frieden in der Welt beeinflussen könnte. So vertraten einige die Ansicht, dass die Exporte von Kriegsmaterial aus der Schweiz zu unbedeutend seien, als dass

Tabelle 4.4: Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» – Beweggründe für ein Ja in Prozent (mehrere Antworten pro befragte Person möglich)

Spontan geäußerte Beweggründe	Teilnehmende	
<i>Pazifistische Gründe</i>	36	
<i>Ethische Gründe</i>	21	
Die Wirtschaft darf nicht in unmoralischer Weise geschützt werden		3
<i>Image der Schweiz</i>	10	
Die Schweiz ist neutral/hat eine humanitäre Aufgabe		6
Die Schweiz muss ein Vorbild sein		3
Das Image der Schweiz verbessern		1
<i>Wirtschaftliche Gründe</i>	6	
Es ist nur eine ganz kleine Anzahl Arbeitsplätze gefährdet		2
Die Schweiz kommt ohne die Einkünfte aus Waffenverkäufen aus		4
<i>Unsere Armee hat diese Ausfuhren nicht nötig</i>	2	
<i>Allgemeine Gründe</i>	4	
<i>Verschiedene Gründe</i>	4	
<i>Dem Stimmverhalten widersprechende Beweggründe</i>	16	
Total ^a	100%	(n = 210)

^a «Weiss nicht» und «keine Antwort» sind in der Berechnung des Prozentsatzes nicht einbezogen.
Das von 100% abweichende Resultat kommt von den Auf-/Abrundungen.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

ein Verbot etwas bewirken könnte, ausserdem würden, wenn die Schweiz auf Kriegsmaterialexporte verzichtete, andere an ihre Stelle treten. Eine kleine Gruppe erwähnte ausserdem, dass die bestehenden Kontrollen oder das zukünftige Gesetz über das Kriegsmaterial ausreichen. Und schliesslich erklärten einige ihren Entscheid mit allgemeinen Gründen, wobei vor allem die Unnötigkeit sowie der utopische oder zu extreme Charakter der Initiative genannt wurden. Nur wenige Beweggründe widersprachen dem Stimmverhalten.

Bei den BefürworterInnen der Initiative (Tabelle 4.5) bezogen sich über die Hälfte der angegebenen Beweggründe auf pazifistische oder ethische Werte. Die übrigen Gründe spielten eine eher unwichtige Rolle. So wollte eine kleine Gruppe mit der Annahme das Bild einer neutralen und humanitären Schweiz vermitteln, einer Schweiz, die es sich übrigens nach Ansicht einiger der Befragten schuldig ist, mit dem guten Beispiel voranzugehen, und deren Bild in früherem Glanz erstrahlen sollte. Einige betonten ausserdem, dass durch die Initiative nur wenig Arbeitsplätze gefährdet seien, und dass die Schweizer Wirtschaft nicht von der Kriegsmaterialausfuhr abhängt. Was die Landesverteidigung angeht, so gab nur eine ganz kleine Zahl von BefürworterInnen zu bedenken, dass die Schweizer Armee keine Kriegsmaterialausfuhr braucht. Und schliesslich hatte in diesem Punkt ein grosser Teil der Gründe keinen Zusammenhang mit der Stimmabgabe.

Tabelle 4.5: Auswertung der Kontra-Argumente gegen die Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»

Kontra-Argumente		Ein- verstanden	Nicht ein- verstanden	Weiss nicht	Keine Antwort
Die Initiative ist unnötig, da die im neuen Kriegsmaterialgesetz vorgesehenen Kontrollen streng und wirksam genug sind.	Stimmende	60	26	12	2
	Ja-Stimmen	22	60	17	1
	Nein-Stimmen	74	14	10	2
Die Anzahl der Waffen, welche die Schweiz ins Ausland verkauft, ist so gering, dass ein Ausfuhrverbot für Waffen aus unserem Land überhaupt keine Auswirkungen auf den Weltfrieden haben wird.	Stimmende	62	28	9	1
	Ja-Stimmen	37	54	7	2
	Nein-Stimmen	71	18	9	1
Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Rüstungsindustrie auf internationaler Ebene darf nicht durch Vorschriften behindert werden, die strenger sind als diejenigen im Ausland.	Stimmende	62	23	12	3
	Ja-Stimmen	32	57	10	1
	Nein-Stimmen	72	12	13	3
Die Initiative ist ein erneuter Versuch, die Schweizer Armee in kleinen Schritten abzuschaffen.	Stimmende	41	49	8	1
	Ja-Stimmen	32	59	8	2
	Nein-Stimmen	44	46	9	1
Die Initiative bedroht Arbeitsplätze in der Schweiz.	Stimmende	67	27	4	1
	Ja-Stimmen	36	57	5	2
	Nein-Stimmen	78	17	3	1
Die Initiative verbietet auch die Ausfuhr bestimmter zivil und militärisch verwendbarer Güter. Sie bedroht damit nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern auch bestimmte Sektoren der zivilen Industrie.	Stimmende	72	19	7	1
	Ja-Stimmen	40	51	8	1
	Nein-Stimmen	83	8	7	2
<p>Resultate in Prozent pro Linie. n Total der Stimmenden = 489. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997</p>					

Tabelle 4.6: Auswertung der Pro-Argumente für die Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht ein- verstanden	Weiss nicht	Keine Antwort
Die Initiative gefährdet nur einen ganz kleinen Teil der Arbeitsplätze in der Schweiz.	Stimmende	31	61	7	1
	Ja-Stimmen	60	28	11	1
	Nein-Stimmen	21	73	6	0
Die in der Produktion von Kriegsmaterial Beschäftigten können in anderen Produktionsbetrieben arbeiten gehen.	Stimmende	41	49	9	1
	Ja-Stimmen	71	19	9	1
	Nein-Stimmen	30	60	9	1
Unsere Politik der Weltfriedensförderung ist nur glaubwürdig, wenn die Schweiz kein Kriegsmaterial mehr ausführt.	Stimmende	31	59	6	4
	Ja-Stimmen	70	22	5	3
	Nein-Stimmen	17	73	6	4
Die Kriegsmaterialausfuhr trägt immer mehr dazu bei, Konflikte zu verschärfen, als sie zu lösen.	Stimmende	50	40	8	2
	Ja-Stimmen	78	13	8	1
	Nein-Stimmen	39	50	8	3

Resultate in Prozent pro Linie.
n Total der Stimmenden = 489.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

4.5 Der Anklang der Pro- und Kontra-Argumente

Nachdem wir die spontan geäusserten Beweggründe der Befragten kennen gelernt haben, schauen wir uns nun an, wie diese einige der vom einen oder anderen Lager während der Abstimmungskampagne vorgebrachten Argumente befolgten.

Insgesamt hatten die meisten Pro- und Kontra-Argumente eine klare Polarisierung zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen der Initiative zur Folge, wobei alle die von ihrer Seite vorgebrachten Standpunkte übernahmen, diejenigen der Gegenseite dagegen ablehnten.

Die meisten Kontra-Argumente (Tabelle 4.6) stellten sich als sehr überzeugend heraus. Die GegnerInnen waren tatsächlich überzeugt, dass die Initiative einerseits eine Gefahr für die Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Exportindustrie darstellte, während sie andererseits ohnehin nichts zum Weltfrieden beitragen konnte. Und schliesslich waren die GegnerInnen überzeugt, dass das neue Kriegsausfuhrmaterialgesetz die Initiative unnötig machte.

Diese verschiedenen Argumente dagegen, insbesondere dasjenige, das sich auf den indirekten Gegenvorschlag bezog, wurden dagegen von den meisten BefürworterInnen abgelehnt (*Tabelle 4.7*), die ihrerseits fanden, die Initiative gefährde nur eine ganz kleine Zahl von Arbeitsplätzen und die Wirtschaft könne sich anderen Produktionszweigen zuwenden. Ausserdem fanden sie, die Produktion von Kriegsmaterial verhindere nicht nur friedliche Lösungen von Konflikten, sondern schade auch der Glaubwürdigkeit der Schweizer Friedensförderungs politik. Dabei muss allerdings präzisiert werden, dass nur die Pro-Argumente bezüglich Arbeitsstellen und Politik des Bundesrates die Meinungsbildung tatsächlich beeinflussten.

5. Bundesbeschluss über die Aufhebung des Pulverregals

5.1 Die Ausgangslage

Der Bundesbeschluss über die Aufhebung des Pulverregals wurde von den beiden Parlamentskammern am 13. Dezember 1996 klar gutgeheissen. Da diese Massnahme eine Verfassungsänderung bedingte, musste sie Volk und Ständen zur Abstimmung vorgelegt werden. Von den drei Vorlagen, die am 8. Juni 1997 an die Urnen kamen, hatte diese während der Abstimmungskampagne eindeutig am wenigsten Diskussionen ausgelöst, hatten sich doch alle politischen Parteien sowie die wenigen Organisationen und Verbände, die dazu Stellung nahmen, dafür ausgesprochen.

Die Abstimmung vom 8. Juni setzte einem Monopol aus dem Jahr 1848 ein Ende, das dem Bund die alleinige Kompetenz einräumte, Schiesspulver zu produzieren und verkaufen. Ursprünglich ging es darum, der Schweizer Armee einen ausreichenden Vorrat an qualitativ gutem Schiesspulver sicherzustellen. Heute ist das Monopol nicht mehr gerechtfertigt. Dies um so mehr, als es den gegenwärtigen Bemühungen zuwiderlief, welche den Abbau von Handelshemmnissen anstreben, und weil die entsprechenden Einnahmen für den Bundshaushalt kaum mehr ins Gewicht fielen. Die Kontrolle der pyrotechnischen Gegenstände bleibt allerdings nach wie vor beim Bund.

5.2 Die Kenntnis des Inhalts

Ein Vergleich zwischen den beiden Initiativen und dem Bundesbeschluss über die Aufhebung des Pulverregals zeigt auf, wie wenig Aufmerksamkeit diese praktisch unumstrittene Vorlage erhielt: 40 Prozent der Stimmenden hatten ihren Inhalt vergessen, und 5 Prozent erinnerten sich nicht richtig¹⁸. Die meisten Beschreibungen waren ausserdem ziemlich ungenau. So wurde vor allem gesagt, dass die Verfügung veraltet sei (30 Prozent), oder es wurde die Aufhebung des Bundesmonopols genannt (43 Prozent). Nur einige wenige präzisierten, dass das Monopol sowohl Herstellung wie Verkauf der pyrotechnischen Produkte betraf (19 Prozent), und nur 2 Personen fügten noch bei, dass die Kontrolle weiterhin beim Bund blieb. Die Kenntnisse derjenigen, die nicht an die Urne gingen, sind noch viel geringer, konnten doch nur 14 Prozent von ihnen den Inhalt angeben.

5.3 Das Abstimmungsprofil

Die Aufhebung des Pulverregals wurde von 82,1 Prozent der Stimmenden sowie von allen Kantonen gutgeheissen.

¹⁸ Die Anzahl richtiger Kenntnisse lag bei den Stimmenden bei 306, bei den Nicht-Stimmenden bei 68.

Tabelle 5.1: Aufhebung des Pulverregals–Stimmverhalten nach politischen und sozialen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Cramer's V/ Gamma ^a
Tatsächliches Total	82		
Total VOX	85	371	
<i>Haltung gegenüber der Regierung</i>			0.18**
Vertrauen	89	208	
Unentschieden	87	37	
Misstrauen	76	116	
<i>Parteisympathien</i>			0.29*
Sozialdemokratische Partei	92	63	
Christlichdemokratische Volkspartei	93	(26)	
Freisinnig-Demokratische Partei	83	42	
Schweizerische Volkspartei	95	(37)	
Ohne Parteisympathien	81	122	
<i>Ausbildungsniveau</i>			0.30***
Obligatorische Schulzeit	61	41	
Berufslehre	88	162	
Maturität	88	(25)	
Höhere Berufsausbildung	87	54	
Höhere Technische Lehranstalt	97	(32)	
Universität	86	55	
<i>Monatliches Haushaltseinkommen</i>			0.25*
Unter 3000 Franken	77	53	
3000 bis 5000 Franken	80	98	
5000 bis 7000 Franken	91	88	
7000 bis 9000 Franken	84	51	
Über 9000 Franken	93	41	
<i>Alter</i>			n.s.
18–29 Jahre	89	(37)	
30–39 Jahre	93	68	
40–49 Jahre	79	56	
50–59 Jahre	89	65	
60–69 Jahre	82	61	
70 Jahre und darüber	81	84	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
Die Zahlen in Klammern geben eine Tendenz an, da weniger als 40 Fälle keine quantitativen Schlüsse zulassen.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

Tabelle 5.1 zeigt die sehr grosse Zustimmung zu diesem Bundesbeschluss, die übrigens schon bei der Vorstellung der kantonalen Resultate klar wurde. Sie zeigt, dass die politische Einstellung der Befragten die Stimmabgabe nur wenig beeinflusste. Was die Haltung gegenüber dem Bundesrat angeht, so unterstützten die Misstrauischen die Vorlage unterdurchschnittlich stark, die Zufriedenen überdurchschnittlich. Parteisymphathien und Selbsteinordnung auf der Links-Rechts-Achse zeigen ihrerseits ein praktisch einheitliches Mass an Zustimmung, was die Einigkeit der *Classe politique* zu diesem Thema verdeutlicht.

Der homogene Charakter des Resultats zeigt sich auch unter den verschiedenen sozialen Kategorien (*Tabelle 5.1*), welche die Vorlage alle mit grossem Mehr annahmen. Weder Geschlecht, noch Alter, berufliche Stellung, Konfession, Dauer der Wohnsitznahme, Sprachregion oder Wohnort trugen dazu bei, das Stimmverhalten zu verdeutlichen. Die einzigen sozialen Merkmale, die einige kleine Unterschiede ausmachten, waren die Berufsbildung und das Monatseinkommen der Haushalte. Es zeigte sich nämlich, dass Personen, die nicht über die obligatorische Schulzeit hinaus kamen oder solche mit niedrigem Einkommen der Aufhebung des Pulverregals weniger positiv gegenüberstanden als Personen mit besserer Ausbildung oder höherem Einkommen.

5.4 Die spontanen Beweggründe

Obwohl dem Bundesbeschluss über die Aufhebung des Pulverregals in den letzten Wochen vor der Abstimmung keine Opposition erwachsen war, lehnten ihn doch 18 Prozent der Stimmen ab. Deshalb verdienen die Beweggründe der Nein-Stimmenden besondere Aufmerksamkeit. Doch war schon die Anzahl der negativen Stimmen extrem tief, die Gründe dafür sind noch spärlicher. Wir sehen uns deshalb gezwungen, ein Inventar der Antworten ohne wirklichen statistischen Wert zusammenzustellen (*Tabelle 5.2*). Zunächst stellen wir fest, dass 38 Prozent derjenigen, welche die Vorlage ablehnten, nicht imstande waren, ihren Entscheid zu begründen. Diejenigen, die einen Grund angaben fanden, Konkurrenz sei auf dem Gebiet der pyrotechnischen Produkte nicht gut, sie folgten der Empfehlung einer Partei oder beschafften sich ihre Information in verschiedenen Medien. Die weiteren Begründungen waren sehr unterschiedlich oder allgemein gehalten wie «ich folgte meinem Gefühl», auch waren die vagen oder dem Stimmverhalten widersprechenden Gründe einmal mehr sehr zahlreich. Dies bezeugt die Schwierigkeiten der Stimmenden, die sich bei ihrer Stimmabgabe nicht auf Argumente einer Kampagne stützen konnten, welche sich nicht mit ihrem Standpunkt deckte.

Dass es zu diesem Bundesbeschluss keine Abstimmungskampagne gab, zeigte sich übrigens auch bei den Zustimmungenden, deren Skala von Gründen relativ bescheiden war (*Tabelle 5.2*). Die Ja-Stimmen stützten sich in sehr grossem Mass auf die Erläuterungen des Bundesrates. So war über die Hälfte der BefürworterInnen der Meinung, dass das Monopol nicht mehr gerechtfertigt sei. Eine gewisse Anzahl von ihnen fand Konkurrenz speziell auf diesem Gebiet oder für die gesamte Wirtschaft gut. Neben einigen Gründen, die mit einer Reduktion der Bürokratie zu tun hatten, spielte auch die Empfehlung der Regierung oder allgemein das Vertrauen in diese

Tabelle 5.2: *Aufhebung des Pulverregals – Ja- und Nein-Beweggründe in Prozent (mehrere Antworten pro befragte Person möglich)*

Spontan geäußerte Beweggründe	Teilnehmende
Nein-Beweggründe	
Konkurrenz ist in diesem Bereich nicht gut	29
Gegen alles, das irgendwie mit dem Krieg zusammenhängt	7
Empfehlung einer Partei	2
Information durch die Medien	2
Kein Interesse	2
Allgemeine Beweggründe	14
Verschiedene Beweggründe	24
Dem Stimmverhalten widersprechende Beweggründe	19
Total	100% (n = 42)
Ja-Beweggründe	
Das Monopol ist überholt	49
Für Konkurrenz/für freie Wirtschaft	14
Zum Abbau der Bürokratie	2
Empfehlung des Bundesrates	15
Empfehlung einer Partei	2
Vertrauen in den Bundesrat	1
Diskussionen mit Drittpersonen	1
Information durch die Medien	1
Allgemeine Beweggründe	7
Verschiedene Beweggründe	7
Dem Stimmverhalten widersprechende Beweggründe	1
Total^a	100% (n = 360)
^a «Weiss nicht» und «keine Antwort» sind in der Berechnung des Prozentsatzes nicht einbezogen. Das von 100% abweichende Resultat kommt von den Auf-/Abrundungen. Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997	

eine bestimmende Rolle. Motivationen verschiedener oder allgemeiner Art wie «das Ja war klar» waren auch hier vertreten, während ungenaue oder widersprüchliche Begründungen deutlich seltener waren.

Allgemein massen die Stimmenden dieser Vorlage, die sie übrigens schlecht kannten, zwar eine geringe Bedeutung zu, doch erkannten immerhin einige von ihnen die zentrale Frage des Themas, nämlich «Bestimmung durch die Wirtschaft oder den Staat».

6. Die Stimmbeteiligung

Die am 8. Juni 1997 verzeichnete Stimmbeteiligung ist mit 33,5 Prozent relativ niedrig¹⁹, liegt sie doch ziemlich unter dem Durchschnitt von 43 Prozent in den Jahren 1990 bis 1996. Sie variiert aber von Kanton zu Kanton und geht von 23,9 Prozent im Tessin bis zu einem Maximum von 60,3 Prozent im Kanton Schaffhausen, wobei wir nicht vergessen dürfen, dass hier Nichtbeteiligung an Abstimmungen eine Busse zur Folge hat. Weiter ist festzuhalten, dass im Wallis, wo gleichzeitig über die Organisation der Olympischen Spiele 2006 abgestimmt wurde, sowie in den Kantonen Solothurn und Nidwalden, die wegen der Pilatus-Werke direkt von der SP-Initiative betroffen waren, die Stimmbeteiligung recht hoch war.

Was die Abstimmungsart angeht, so begaben sich 52 Prozent der Befragten persönlich an die Urne, 45 Prozent stimmten brieflich ab und 2 Prozent liessen sich vertreten.

6.1 Das Profil der Stimmbeteiligung

Die wichtigsten Erklärungsfaktoren der sozialen Merkmale der Befragten (*Tabelle 6.1*) sind unter anderem – in dieser Reihenfolge – Alter, Dauer der Wohnsitznahme²⁰ und Geschlecht: es nahmen mehr ältere Personen teil als junge, mehr Personen, die länger als fünf Jahre an ihrem Wohnort lebten als solche, die erst vor kurzem zugezogen waren, und mehr Männer als Frauen. Auch andere bestimmende Elemente dieser Art zeigen signifikante Unterschiede auf, welche allerdings weniger deutlich sind. So nahmen in der Deutschschweiz etwas mehr Personen teil als in der Romandie und eindeutig mehr als im Tessin, mehr Freiberufliche als mittlere Kaderleute und Angestellte mit oder ohne Berufsbildung. Und schliesslich stellten wir, wie schon bei der tiefen Stimmbeteiligung²¹ fest, dass andere Variablen, die normalerweise gegensätzlichere Resultate erbringen, wie Ausbildungsniveau, Monatseinkommen des Haushalts und Wohnort, hier unbedeutend waren.

¹⁹ Die in der VOX-Umfrage ermittelte Stimmbeteiligung von 53 Prozent liegt wie üblich weit ausserhalb des Vertrauensintervalls. Für dieses Phänomen, das in den VOX-Umfragen, wie übrigens auch in Umfragen im Ausland immer wieder festzustellen ist, gibt es eine doppelte Erklärung. Zum einen sind Personen, die an Abstimmungen teilnehmen, eher geneigt, auch an Umfragen über politische Themen teilzunehmen als solche, die nicht abstimmen gehen. Und zweitens möchten gewisse Personen, die gelegentlich oder überhaupt nicht stimmen gehen, dies nicht zugeben, sie geben deshalb die Antwort, von der sie annehmen, dass sie gesellschaftlich am ehesten akzeptiert ist und sagen gleichzeitig, sie hätten abgestimmt. Trotz dieser Einschränkung bleiben die Resultate zuverlässig, solange die Kategorien Stimmende und Nicht-Stimmende eine grosse Anzahl aufweisen, was auf die vorliegende Umfrage zutrifft.

²⁰ Es ist festzuhalten, dass die Dauer der Wohnsitznahme eng mit dem Alter verbunden ist, da die Wahrscheinlichkeit, dass jemand weniger als fünf Jahre am gleichen Ort wohnt, mit zunehmendem Alter abnimmt ($\text{Gamma} = 0.60^{***}$).

²¹ Siehe Delgrande, Marina und Linder, Wolf, Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 10. März 1996. Bern: GfS/IPW.

Tabelle 6.1: Stimmbeteiligung nach sozialen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	Beteiligung in %	(n)	Cramer's V/ Phi/Gamma ^a
Tatsächliche Beteiligung	35		
Beteiligung gemäss VOX	54	985	
<i>Alter</i>			0.32***
18–29 Jahre	33	162	
30–39 Jahre	47	221	
40–49 Jahre	48	157	
50–59 Jahre	65	143	
60–69 Jahre	68	139	
70 Jahre und darüber	66	163	
<i>Geschlecht</i>			0.16***
Männer	62	471	
Frauen	46	514	
<i>Hier wohnhaft seit</i>			0.16***
weniger als 5 Jahren	40	233	
mehr als 5 Jahren	58	752	
<i>Sprachregion</i>			0.13***
Deutsche Schweiz	56	709	
Französische Schweiz	50	224	
Tessin	29	52	
<i>Berufliche Stellung</i>			0.15*
Nicht erwerbstätig	56	439	
Landwirte	63	(16)	
Freiberuflich tätig	63	78	
In einem Lehrberuf	79	(14)	
Oberes Kader	67	(24)	
Mittleres Kader	55	103	
Angestellte mit Berufsausbildung	47	190	
Angestellte ohne Berufsausbildung	49	49	
Andere	39	70	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
 Die Zahlen in Klammern geben eine Tendenz an, da weniger als 40 Fälle keine quantitativen Schlüsse zulassen.
 Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

Tabelle 6.2: Stimmbeteiligung nach politischen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	Stimmbeteiligung in %	(n)	Cramer'sV Gamma ^a
Tatsächliche Beteiligung	35		
Beteiligung gemäss VOX	54	985	
<i>Interesse an der Politik</i>			-0.65***
Starkes Interesse	80	168	
Ziemliches Interesse	66	433	
Eigentlich kein Interesse	32	297	
Überhaupt kein Interesse	14	86	
<i>Parteisympathien</i>			0.22***
Sozialdemokratische Partei	60	157	
Christlichdemokratische Volkspartei	69	49	
Freisinnig-Demokratische Partei	60	90	
Schweizerische Volkspartei	70	66	
Ohne Parteisympathien	43	394	
<i>Bindung an eine Partei</i>			-0.22***
Starke Bindung	71	38	
Ziemlich starke Bindung	87	55	
SympathisantIn	59	361	
Keine Parteibindung	45	485	
<i>Einordnung auf der Links-Rechts-Achse</i>			0.18***
Links	50	273	
Mitte	58	509	
Rechts	63	147	
Keine Einordnung möglich	34	125	
<i>Gewerkschaftsmitgliedschaft</i>			0.14***
Aktives/passives Mitglied	70	81	
Mitgliedschaft vorstellbar	44	171	
Mitgliedschaft nicht vorstellbar	55	705	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
Die Zahlen in Klammern geben eine Tendenz an, da weniger als 40 Fälle keine quantitativen Schlüsse zulassen.
Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

Die signifikantesten Erklärungselemente sind jedoch wie gewohnt bei den politischen Merkmalen der Befragten zu finden (Tabelle 6.2). Allgemein können wir festhalten, dass die am stärksten «politisierten»²² Personen eine höhere Teilnahmequote aufweisen als die andern. So wiesen politisch Interessierte oder solche mit Sympathien für eine Partei – übrigens um so mehr, wenn sie eng mit ihr verbunden oder Parteimitglied sind²³ – eine überdurchschnittliche Stimmbeteiligung auf. Umgekehrt gingen solche, die sich wenig oder gar nicht für Politik interessieren oder keiner Partei nahe stehen, in der Mehrzahl auch nicht stimmen. Im weiteren gehen aktive oder passive Gewerkschaftsmitglieder häufiger abstimmen als Nicht-Mitglieder. Dagegen sind die Stimmbeteiligungsquoten der Parteien nicht sehr unterschiedlich. Allerdings ist festzuhalten, dass die SympathisantInnen von SPS und FDP etwas weniger teilnahmen als Personen, die anderen Regierungsparteien nahestehen²⁴. Allgemein können wir feststellen, dass die Stimmbeteiligung bei Personen der Linken (einschliesslich links-aussen) schwächer war als bei den andern. Und schliesslich konstatierten wir, dass solche mit Vertrauen in die Regierung und Misstrauische in vergleichbarem Ausmass an diesem Urnengang teilnahmen.

6.2 Stimmbeteiligung und Medien

Dieser Teil ist dem Einfluss der Medien während der Abstimmungskampagne gewidmet. Diese Variable fanden wir wichtig, weil sie sehr eng mit dem politischen Interesse verbunden ist. Es zeigte sich nämlich, dass mit zunehmendem politischem Interesse auch die Nutzung der zur Verfügung stehenden Informationsquellen zunimmt ($\text{Gamma} = 0,59^{***}$).

Bevor wir uns aber dem Einfluss dieser Variablen auf die Stimmbeteiligung zuwenden, wollen wir sehen, welche Informationsquellen während der Kampagne von den Befragten genutzt wurden. Über die am 8. Juni 1997 zur Abstimmung gelangten Vorlagen bezogen die StimmbürgerInnen ihre Informationen in grossem Ausmass aus Presse (64 Prozent), Fernsehen (59 Prozent) oder Radio (43 Prozent) sowie aus der Broschüre des Bundesrates (49 Prozent). Weniger stark dagegen zogen sie Leserbriefe zurate (33 Prozent), Abstimmungszeitungen (31 Prozent), Inserate (31 Prozent) und Strassenplakate (19 Prozent). Einen ziemlich schwachen Einfluss hatten Direct-Mailing (10 Prozent), Informationen am Arbeitsplatz (9 Prozent) und Standaktionen (8 Prozent).

Kommen wir nun zur Kernfrage zurück, die uns beschäftigt. Die VOX-Umfrage zeigt, dass die verschiedenen Informationsquellen von Personen, die an der Abstimmung teilnahmen, überdurchschnittlich genutzt wurden, von den Nicht-Stimmenden dagegen unterdurchschnittlich. So weist der Nutzungsgrad der Medien²⁵ einen ganz deutlichen Zusammenhang mit der Stimm-

²² Siehe Véronique Mottier (1993). La structuration sociale de la participation aux votations fédérales in Kriesi, Hanspeter (Dir.). *Citoyenneté et démocratie directe. Compétence, participation et décision des citoyens et des citoyennes suisses*, Zürich: Seismo, S. 123–144.

²³ Cramer's V = 0.16***

²⁴ Die Mobilisierung der SympathisantInnen der Lega dei Ticinesi und der Schweizer Demokraten können wir dagegen nicht feststellen, da in unserer Umfrage nur vier davon vorkommen.

²⁵ Hier geht es um den Index, der von der Anzahl der von den Befragten während der Kampagne genutzten Informationsmittel errechnet wurde. Höheres «Informationsniveau» = 8 bis 11 genutzte Medien, «mittleres Niveau» = 4 bis 7 und «tiefes Niveau» = 1 bis 3.

Tabelle 6.3: Stimmbeteiligung nach den sozialen Merkmalen und dem Nutzungsgrad der Medien

Merkmal/Kategorie	Stimmbeteiligung in %	(n)	Gamma ^a
Tatsächliche Beteiligung	35		
Beteiligung gemäss VOX	54	985	
<i>Nutzungsgrad der Medien</i>			0.67***
Keine Nutzung	9	115	
Tiefe Nutzung	44	342	
Mittlere Nutzung	74	429	
Hohe Nutzung	77	62	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. Methodischer Steckbrief.
 Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

beteiligung auf (Tabelle 6.3): je mehr man sie nutzt, desto eher nimmt man an Abstimmungen teil. Die Interpretation dieses direkten Zusammenhangs ist allerdings heikel: denn entweder hatten diejenigen, die von Anfang an wussten, dass sie nicht stimmen würden, kein Interesse, sich vor dem Urnengang zu informieren, oder aber diejenigen, die sich nicht genügend informiert hatten, beschlossen deshalb, nicht an der Abstimmung teilzunehmen.

Die Auswirkungen des Nutzungsgrads der Medien auf die Teilnahme ist übrigens noch komplexer, da diese umgekehrt proportional zum politischen Interesse steht. So unterscheiden sich die Beteiligungsquoten der sehr interessierten Personen nur wenig von denjenigen der schlecht oder sehr gut Informierten (Gamma = 0.20***); alle weisen eine hohe Beteiligung auf. Das heisst, dass Personen mit einem regen Interesse an der Politik vor allem wegen dieses Interesses am Urnengang teilnahmen und nur wenig aufgrund der Nutzung der Medien. Das politische Interesse hat also einen praktisch direkten Einfluss auf die Stimmbeteiligung, während der Einfluss der Medien weniger gross ist. Dagegen nehmen von den Personen, die der Politik kein Interesse entgegen bringen, diejenigen, welche die Informationsquellen stark nutzten, öfter teil als diejenigen, die dies nicht taten (Gamma = 0.67***). Die Nutzung der Medien spielt also hier eine entscheidende Rolle für die Stimmbeteiligung und vermag bis zu einem gewissen Grad das mangelnde Interesse auszugleichen.

6.3 Die Meinungen der Nicht-Stimmenden

Ist die Stimmbeteiligung so tief wie bei diesem Urnengang, so stellt sich die Frage, ob die Meinungen der Nicht-Stimmenden sich von denjenigen der Stimmenden unterscheiden. Im allgemeinen scheint sich die politische Einstellung der beiden Lager nicht stark zu unterscheiden.

Tabelle 6.4: Akzeptanzrate der drei Vorlagen bei Stimmenden und Nicht-Stimmenden

	VOX-Akzeptanzrate in %	
	Stimmende	Nicht-Stimmende
EU-Beitrittsverhandlungen	26	38 (n = 258)
Kriegsmaterialausfuhrverbot	23	38 (n = 268)
Aufhebung des Pulverregals	85	77 (n = 75)

Quelle: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997

den. Trotzdem konnte festgestellt werden, dass in einigen bestimmten Fällen die Meinungen der beiden Gruppen auseinander gingen²⁶. Wie sah das nun am 8. Juni aus?

Sogar wenn 45 Prozent der Nicht-Stimmenden den beiden Initiativen unentschieden gegenüber standen, so drückten doch die meisten von ihnen eine Meinung zu den Vorlagen aus. Sehen wir uns die Nicht-Stimmenden mit einer klaren Meinung allein an, stellen wir fest, dass diese bis zu einem gewissen Grad vom Votum der Stimmenden abweicht (*Tabelle 6.4*). Diejenigen, die nicht an die Urne gingen, standen tatsächlich stärker hinter den beiden Vorlagen. Im weiteren hatten nur 16 Prozent der Nicht-Stimmenden eine Meinung zur Aufhebung des Pulverregals. Wenn man nur diese Nicht-Stimmenden ansieht, kann festgestellt werden, dass sie den Vorschlag des Bundesrates weniger billigten als die Stimmenden – wobei bei einer so kleinen Gruppe die Resultate natürlich mit Vorsicht aufzunehmen sind.

Natürlich dürfen wir hier nicht die Resultate anschauen, die sich ergeben hätten, wenn die Nicht-Stimmenden an den Abstimmungen vom 8. Juni teilgenommen hätten. Dagegen kann gesagt werden, dass die Nicht-Stimmenden, die eine Meinung vertraten, die Bundesbehörden weniger stark unterstützt hätten als die Stimmenden²⁷.

²⁶ Di Giacomo, Fabio (1993). La décision des abstentionnistes in Kriesi, Hanspeter (Dir.). *Citoyenneté et démocratie directe. Compétence, participation et décision des citoyens et des citoyennes suisses*, Zürich: Seismo, S. 261–274.

²⁷ Dazu ist festzuhalten, dass in den Fällen, in denen die Nicht-Stimmenden eine Meinung hatten, die derjenigen der Stimmenden widersprach, bei ersteren zwei Merkmale der politischen Ausrichtung festzustellen waren: Misstrauen gegenüber der Regierung und eine grössere Offenheit gegenüber Volksinitiativen. Di Giacomo, Fabio (1993), op.cit.

7. Methodischer Steckbrief

Der vorliegende Bericht beruht auf einer telefonischen Umfrage, die zwischen dem 9. und dem 21. Juni 1997 vom GfS-Forschungsinstitut durchgeführt wurde. Die Stichprobe musste also auf einer an die Telefonumfrage angepassten Grundlage erfolgen, das heisst bei den Schweizer Stimmberechtigten mit Telefonanschluss. Das Institut befragte 1002 Personen, die in den verschiedenen Sprachregionen nach der «Geburtstagsmethode» ausgewählt wurden (in jedem Haushalt wurde die Person befragt, deren Geburtstag am nächsten beim Jahresbeginn liegt). Durch dieses Vorgehen war wieder eine proportionale Vertretung nach Geschlecht, Alter, Beruf, Sprachregion, Art des Wohnens und Bevölkerung in den 26 Kantonen garantiert. Nach Durchführung der üblichen Tests konnten 995 Befragungen als brauchbar gelten. Das heisst in genauen Zahlen, dass 713 Befragungen in der Deutschschweiz, 230 in der Westschweiz und 52 im Tessin durchgeführt wurden.

Die Grösse der Stichprobe ergibt bei einer Zufallsauswahl ein Vertrauensintervall von $\pm 3,1$ Prozent. Das heisst, ein Tabellenwert von 50 Prozent liegt für die Gesamtstichprobe mit 95 prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen 46,9 und 53,1 Prozent.

Für die Erstellung des vorliegenden Berichts war das Institut für Politikwissenschaften der Universität Bern verantwortlich. Die Analysen wurden mit Hilfe der Windows-Version des Statistikprogramms SPSS durchgeführt. Die Interpretation bivariater Zusammenhänge stützt sich auf das Signifikanzniveau und auf den Koeffizienten von Cramer's V (oder Phi-Koeffizient) und von Gamma ab, welche die Stärke der Beziehung zwischen zwei Variablen messen. Im Fall von Cramer's V (oder von Phi) bedeutet der Wert 1 vollständige, der Wert 0 gar keine Übereinstimmung. Werte unter 0.15 deuten auf einen sehr schwachen Zusammenhang hin. Im Fall von Gamma bedeutet ± 1 vollständige, der Wert 0 keine Übereinstimmung. Werte zwischen -0.15 und $+0.15$ deuten auf eine sehr schwache Übereinstimmung hin. Das Signifikanzniveau gibt die Irrtumswahrscheinlichkeit an, mit der ein Zusammenhang in der Grundgesamtheit (Schweizer Stimmberechtigte oder Stimmende) angenommen werden kann. Cramer's V oder Gamma werden in den Tabellen nur angegeben, wenn die Irrtumswahrscheinlichkeit sich auf höchstens 0.05 beläuft²⁸. In diesem Fall besteht der Zusammenhang mit einer Sicherheit von 95 Prozent. Ist das Irrtumsrisiko jedoch höher als 0.05, bedeutet der Vermerk «n.s.», dass der Koeffizient nicht signifikant ist. Die Interpretation stützt sich nur auf die signifikanten Zusammenhänge ab.

²⁸ Signifikanzgrad:
***: $p < 0.001$
** : $p < 0.01$
* : $p < 0.05$
n.s. : $p > 0.05$



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Hauptergebnisse der Abstimmung vom 8. Juni 1997

Marina Delgrande, Prof. Wolf Linder

Die drei Vorlagen vom 8. Juni 1997 stiessen auf einen breiten Konsens bei den Stimmenden sowie auf grosse Unterstützung bei Bundesrat und Parlament. Die VOX-Analyse eignet sich demnach dank einer repräsentativen Umfrage für eine differenzierte Untersuchung der Ergebnisse der Abstimmung.

Initiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»

Die Initiative der Lega dei Ticinesi und der Schweizer Demokraten «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!» war bereits von Bundesrat und Parlament deutlich abgelehnt worden. Das gleiche Schicksal erlitt sie am 8. Juni 1997, wurde sie doch von 74,0 Prozent der Stimmenden und von allen Kantonen abgelehnt. Bei einer Annahme hätte diese Initiative dazu geführt, dass der Bundesrat das 1992 bei der EU gestellte, wenig später aber eingefrorene Beitritts-gesuch der Schweiz hätte zurückziehen müssen. Der Bundesrat wäre ausserdem verpflichtet worden, schon das Prinzip der Aufnahme von Verhandlungen selber Volk und Ständen zur Abstimmung vorzulegen.

Eine knappe Übersicht der Beweggründe zeigt, dass die Frage des Beitritts-gesuch für die Stimmenden nur eine untergeordnete Rolle spielte, um zu einer Entscheidung zu gelangen. Die Meinungen bildeten sich vielmehr aufgrund institutioneller Gründe.

Die Abstimmungsempfehlungen der Regierungsparteien wurden alle befolgt. Die Stärke der Opposition ist allerdings von Kategorie zu Kategorie sehr unterschiedlich. So stiess sie bei 42 Prozent der SVP-SympathisantInnen auf Unterstützung, gegenüber 18 Prozent bei den SP-SympathisantInnen, 8 Prozent bei denjenigen der FDP und 7 Prozent bei denjenigen der CVP. Das dem Bundesrat entgegengebrachte Vertrauen hat die Abstimmung ebenfalls ein wenig beeinflusst, stiess doch die Vorlage bei den Misstrauischen auf überdurchschnittliche Annahme (36 Prozent), die anderen nahmen sie unterdurchschnittlich stark an (15 Prozent). Schwach «politisierte» Personen, also solche, die keiner Partei nahestehen oder die sich auf der Links-Rechts-Skala nicht einordnen konnten, unterstützten die Vorlage im Durchschnitt stärker.

Im weiteren kann eine systematische Ablehnung der Initiative in den verschiedenen sozialen Kategorien festgestellt werden. So zeigten sich im Stimmverhalten weder bei Männern, Frauen

oder Älteren, noch unter den verschiedenen beruflichen Stellungen, Sprachen oder Wohnorten radikale Unterschiede. Allerdings muss festgehalten werden, dass Personen mit schlechter beruflicher Ausbildung überdurchschnittlich oft ja stimmten.

Die spontan geäußerten Beweggründe aus dem befürwortenden Lager können in drei Arten unterteilt werden: Opposition gegen die EU, mehr Mitsprachemöglichkeiten für das Volk und Misstrauen gegenüber den Behörden wegen deren Integrationspolitik. Die Gründe der GegnerInnen waren hauptsächlich institutioneller Art, während die Motivationen, welche der schweizerischen Integrationspolitik ausdrücklich positiv gegenüber stehen, zweimal weniger zahlreich waren. Die Analyse der Argumente zeigt ihrerseits, dass die beiden Lager die institutionellen Argumente der Gegenseite aufnahmen. Der entscheidende Punkt für die GegnerInnen der Initiative war, dass das «letzte Wort» des Volkes ausreiche, während die BefürworterInnen verstärkte Mitsprachemöglichkeiten des Volkes vor der Abstimmung anstrebten.

Initiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»

Die Initiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» wurde von 77,4 Prozent der Stimmenden und von allen Kantonen klar verworfen, nachdem sie zuvor schon von Bundesrat und Parlament abgelehnt worden war.

Im weiteren konnten die Stimmenden den Inhalt dieser Vorlage besser beschreiben als denjenigen der ersten Initiative. Trotzdem hatten sie den Text offenbar nicht gründlich gelesen, beschränkte sich doch ihre Kenntnis im allgemeinen auf den Titel der Initiative.

54 Prozent der Personen aus dem linken Lager unterstützten die Initiative, bei Personen der politischen Mitte waren es 20 Prozent und im rechten Lager 14 Prozent. Was die Parteisympathien angeht, waren die SympathisantInnen der SP mit 48 Prozent Ja-Stimmen gespalten. Demgegenüber billigten nur 8 Prozent der der FDP nahestehenden Personen die Initiative, bei der CVP waren es 19 und bei der SVP 11 Prozent. Mit dem Grad an Vertrauen in den Bundesrat hatte das Ergebnis dagegen nichts zu tun, lehnten doch Misstrauische die Vorlage mit gleicher Vehemenz ab wie solche mit Vertrauen. Und schliesslich wurde die Initiative von allen gesellschaftlichen Kategorien verworfen, wenn auch mit einigen Abweichungen in der Stärke der Ablehnung. Auch fiel das Nein in der Deutschschweiz und auf dem Land klarer aus als in der Westschweiz und in den Städten.

Die von BefürworterInnen angegebenen Gründe waren vor allem pazifistischer oder ethischer Art. Bei der Gegnerschaft waren es vor allem die Ängste vor dem Verlust zahlreicher Arbeitsplätze und der Gefährdung weiterer Sektoren der Schweizer Exportindustrie, welche die Ablehnung bewirkten. Der Zweifel über die Auswirkungen der Initiative auf den Weltfrieden und die Tatsache, dass das neue Gesetz zur Kriegsmaterialausfuhr ausreichen werde, kamen erst an zweiter Stelle. Dies bestätigte sich bei der Überprüfung der Argumente, welche ausserdem zeigt, dass am meisten Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, ob die im indirekten Gegenvorschlag vorgesehenen Massnahmen ausreichen werden.

Aufhebung des Pulverregals

Die Aufhebung des Pulverregals wurde von 82,1 Prozent der Stimmenden und von allen Kantonen gutgeheissen. Die VOX-Umfrage ihrerseits zeigte auf, dass diese praktisch unbestrittene Vorlage bei den Stimmenden auf sehr wenig Interesse stiess, erinnerten sich doch nach der Abstimmung nur noch 55 Prozent von ihnen an den Inhalt. Das Ergebnis war im übrigen sehr homogen, alle sozialen und politischen Gruppen legten ein Ja in die Urne. Was die Begründungen für ein Ja oder Nein angeht, so ging es bei den seltenen Ablehnungsgründen vor allem darum, dass Wettbewerb in diesem Bereich nicht empfehlenswert sei.

Die Stimmbeteiligung

Den beiden Initiativen massen die Befragten eine nationale Bedeutung zu, die weit über dem Durchschnitt von anfangs der Neunzigerjahre lag. Die Stimmbeteiligung von 33,5 Prozent am 8. Juni 1997 war trotzdem eher schwach, lag sie doch ziemlich unter dem Durchschnitt der von 1990 bis 1996 errechneten 43 Prozent.

Produkte- und Publikationsliste der Abteilung «Politik und Staat» des GfS-Forschungsinstitutes

VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge

Herausgegeben vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich:

Die VOX-Analysen werden im Abonnement 3 bis 4 Mal jährlich in Form einer gedruckten Broschüre verschickt (rund 4 Monate nach der Abstimmung). Eine spezielle Dienstleistung stellt der VOX-Vorversand dar; eine Vorabversion wird rund 2 Monate nach der Abstimmung in kopierter Form an interessierte Kreise verschickt (die gedruckte Broschüre wird selbstverständlich nachgeliefert).

Konditionen:

Jahresabo (3–4 Nrn.)	SFr.	78.–
Jahresabo Medien-Vorversand	SFr.	155.–
Gesamtausgabe seit 1977	SFr.	575.–

Europa-Barometer Schweiz:

Seit 1989 prüft das GfS-Forschungsinstitut vierteljährlich, wie sich die Schweizerinnen und Schweizer zum europäischen Integrationsprozess stellen. Eingang in diese Forschung finden auch komplexe Fragestellungen, beispielsweise inwiefern die wirtschaftliche Entwicklung oder die Medienberichterstattung Einfluss auf die Meinungsbildung nehmen. Das «Europa-Barometer Schweiz» ist ausschliesslich im Abonnement erhältlich; darin enthalten ist vierteljährlich ein kompletter Tabellenband, eine ausführliche Berichterstattung und die «Europa-Chronik» (Zusammenstellung integrationsrelevanter Ereignisse) auf exklusiver Basis.

Konditionen:

Abo «Europa-Barometer Schweiz»	SFr. 7000.–	pro Jahr
Jahres-Zusammenfassung der Europachronik (inkl. Versand) (im Abo enthalten)	SFr.	25.–

Kontakt Abteilung «Politik und Staat»:

Claude Longchamp

Tel: 031 311 08 06; Fax: 031 311 08 19

Petra Huth, Projektleiterin / Andreas Rickenbacher, Projektleiter

Tel: 031 311 08 06; Fax: 031 311 08 19

P.P.

8006 Zürich



Forschungsinstitut

«PollGame» – die neue Umfrage auf Internet

Unter dem Namen «PollGame» führen das GfS-Forschungsinstitut und Cityline (AG) erstmalig eine interaktive Umfrage auf Internet durch. Gegenstand wird die Meinungsbildung der Internet-User zur Initiative «Jugend ohne Drogen» sein, die am 28. September 1997 gesamtschweizerisch zur Abstimmung gelangt.

Über die Umfrage wird im «Facts» regelmässig berichtet.

Vorgehen

In spielerischer Form beantworten interessierte Internet-User Fragen

- zu ihrem Wissensstand
- zu thematischen Meinungen und
- zu Prognosen über den Abstimmungsgang.

Wer mitspielt, kann die Ergebnisse der anderen TeilnehmerInnen in anonymisierter Form studieren, seine Voraussagen verbessern und Anregungen für neue Fragen im Spiel machen. Gespielt wird wöchentlich einmal während einigen Tagen.

Für richtige Voraussagen, korrektes Wissen und die Teilnahme an jeder Runde gibt es Punkte. Wer am meisten Punkte hat, gewinnt das Spiel und einen Preis.

Sind Sie dabei?

Ab Mitte August dieses Jahres wird es möglich sein, mitzuspielen. Das Spiel endet mit dem Abstimmungstag über die Initiative «Jugend ohne Drogen». Sie können mitspielen unter:

www.pollgame.ch

(ab 20. August 1997)